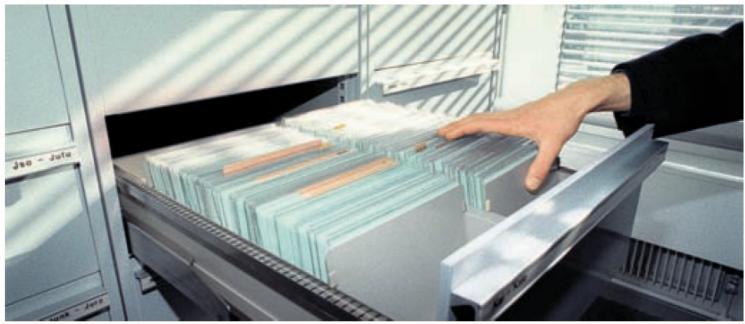
Staatsschützer sind zurück

Das Budget der Fachgruppe 9 wird wieder aufgestockt



Beschluss. Das Parlament folgte der Regierung in der Einschätzung, dass der «gekürzte» Staatsschutz nicht funktionieren kann. Foto Key

PATRICK MARCOLLI

Der Grosse Rat macht seine Strafaktion gegen die Staatsschützer rückgängig. Es bleibt aber unklar, wie der Kanton in Zukunft die Aufsicht ausüben kann.

Für Sicherheits- und Justizdirektor Hanspeter Gass (FDP) war die gestrige Debatte zum Staatsschutz die wohl bislang erfreulichste zum Thema. Von allen Seiten erhielt er Lob für seine Anstrengungen, die Aufsicht des Kantons über die kantonal tätigen Staatsschützer der Fachgruppe 9 zu verbessern und zu klären. Selbst Tanja Soland (SP) nannte Gass «vertrauenswürdig»; sie, die im Dezember eine Mehrheit dafür gefunden hatte, dass zwei der sechs Stellen der Fachgruppe 9 als Folge der Fichenaffäre gestrichen wurden. Mit 46 zu 31 Stimmen bei 12 Enthaltungen – unter anderem von Tanja Soland – sprach sich gestern nun der Grosse Rat dafür aus, einen Nachtragskredit der Regierung zu genehmigen. Somit kann die Fachgruppe 9 weiterhin mit sechs Mitgliedern operieren.

UNBEHAGEN. Während Gass' Verdienste um kantonalen Einfluss in eine Bundessache anerkannt wurden, blieb bei vielen linken Parlamentariern ein Restunbehagen. Dies einerseits deshalb, weil die Regierung per Nachtragskredit einen Grossratsbeschluss rückgängig zu machen versuche. Zudem sei nach dem Nein des Bundes zur Basler Verordnung über den Staatsschutz überhaupt noch nicht klar, wie denn die angestrebte kantonale Aufsicht in Zukunft gehandhabt wird. Die Arbeitsgruppe unter dem Staatsrechtler Markus Schefer hatte mit einem Kniff versucht, eine interne Behördenkontrolle über den Staatsschutz zu etablieren.

Da dieser Vorschlag nun in Bern eine Abfuhr erhalten hat, weigerte sich eine Ratsminderheit, die Mittel der Staatsschützer wieder aufzustocken. Eine Mehrheit der SP wollte gar nicht auf das Geschäft eintreten. «Es bleibt das Risiko, dass keine Verordnung zustande kommt», sagte Fraktionssprecher Jürg Meyer. Auch Mustafa Atici (SP), einer der fichierten Grossräte, sprach sich gegen eine Wiederaufstockung der Mittel aus: Zuerst müsse die gute Arbeit der Staatsschützer gewährleistet sein. Quantität bedeute nicht Qualität.

Eine Mitte-Rechts-Mehrheit folgte jedoch dem Antrag der Regierung für eine Wieder-

aufstockung der Mittel für die Fachgruppe 9. Die Befürworter beriefen sich auf das Argument der Regierung, der Staatsschutz sei mit einer Stellenkürzung von einem Drittel nicht funktionsfähig. «Vier oder sechs Staatsschützer - das ist eine existenzielle Frage», hatte Hanspeter Gass betont. Lukas Engelberger (CVP) sagte ausserdem, es gebe keinen Grund, «die Qualität und Professionalität des Staatsschutzes zu hinterfragen». Der Entscheid des Grossen Rats von vor einem Jahr sei vielmehr als Trotzreaktion zu verstehen - und deshalb umzustossen.

Erfreut nahm Gass das Abstimmungsergebnis zur Kenntnis und betonte, dass er auf nationaler Ebene «nicht lockerlassen» werde, um die kantonale Aufsicht über die Staatsschützer zu regeln.